

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 30.06.2026

Öffentlicher Teil

TOP 6.1. Hitzeaktionsplan der Stadt Hagen

0389/2026

**Kenntnisnahme
zur Kenntnis genommen**

Herr Stockmann stellt den Hitzeaktionsplan der Stadt Hagen vor (siehe Anlage).

Frau Buchholz weist darauf hin, dass man gerade erst eine außergewöhnliche Hitzewelle hinter sich habe und sie als Träger eines Altenheims sagen könne, dass das schon grenzwertig gewesen sei. In einem solch alten Gebäude müsse man mit der Substanz arbeiten, die man habe und schauen, wie sich gesetzliche Vorgaben veränderten. Bei Neubauten könne man diese Faktoren leichter berücksichtigen und planen. Es müsse allerdings auch die Möglichkeit geben, dass man diese Mehrkosten in der Refinanzierung habe. Im Bestand sei es noch deutlich schwieriger. Das Thema werde die Gesellschaft auch finanziell noch stärker beschäftigen. Die AWO sei auch Träger von Begegnungsstätten, die sich auch in älteren Gebäuden befänden. Auch da werde man schauen müssen, wie man die Angebote zum Hitzeschutz mit dem Einsatz von Fördermitteln erweitern könne. Es gebe einige Ortsvereine, die daran sehr interessiert seien.

Frau Dr. Dreher-Sudhoff plädiert für praktische Maßnahmen wie zum Beispiel der Einbau von Klimaanlage in den Einrichtungen, in denen sich vorwiegend Kinder oder Senioren aufhielten. Diese vermisse sie in dem Aktionsplan.

Herr Stockmann erläutert, was man mit den angesprochenen Anrufen erreichen wolle. Es gehe unter anderem auch darum, sich bei einer längeren Hitzewelle nach dem Gesundheitszustand der Betroffenen zu erkundigen. Die Anpassung der Gebäude werde man natürlich auch angehen müssen. Das werde viel Geld und Zeit benötigen.

Frau Engelhardt ist der Meinung, dass bei jeder baulichen Maßnahme der Hitzeaktionsplan berücksichtigt werden müsse.

Frau Köppen merkt an, dass es für den Ausschuss im Nachgang interessant wäre, zu erfahren, wie die vorgehaltenen Angebote zu den Bedarfen passen. Sie plädiert dafür, sich in einer der nächsten Sitzungen damit zu befassen.

Herr Stockmann berichtet, dass man gerade in dem Zusammenhang mit der Fernuni zusammenarbeite, um eine Umfrage durchzuführen, um den Hitzeverwundbarkeitsindex von seniblen Einrichtungen zu ermitteln.

Frau Grahl macht deutlich, dass sie bei dem Vortrag Informationen über die Aktion mit dem Hitze-Warn-Aufklebern vermisse.

Herr Stockmann weist darauf hin, dass unter hagen.de/Hitze alle Infomaterialien aufgelistet seien. Dort gebe es ein Bestellformular, mit dem man den Aufkleber unkompliziert bestellen könne.

Herr Özkan bedankt sich für die ausführlichen Informationen zu dem Thema und fragt nach den Planungen bezüglich der Trinkbrunnen. Bisher sei nur ein Trinkwasserbrunnen aufgebaut.

Herr Stockmann nimmt zu der Frage Stellung.

Herr Dr. Fehske nimmt Bezug auf die Frage nach der Überprüfung der Angemessenheit von Maßnahmen. Er freue sich, Mitglied des Steuerungskreises zu sein, der regelmäßig vor und nach den Hitzeperioden diese Fragen diskutiere. Er formuliert Fragen seiner Fraktion. Könne man mobile Kühlösen einsetzen? Außerdem könne man sich unter dem Eindruck der letzten Hitzeperiode im Juni die Frage stellen, ob der Umgang mit solchen Hitzewellen auch irgendwann eine der Katastrophen sei, für die der Katastrophenschutz zuständig sei.

Herr Stockmann beantwortet die Fragen und Anregungen von Herrn Dr. Fehske.

Frau Fischer möchte wissen, wie viele Arbeitsstunden man benötige, um einen solchen Hitzeaktionsplan aufzustellen und fortzuschreiben.

Herr Stockmann beantwortet die Frage.

Herr Arnusch dankt Herr Stockmann für den Bericht. Er weist darauf hin, dass diese Maßnahmen teuer seien. Das müsse allen Beteiligten klar sein. Er beschreibt den zähen Verlauf, dem die Umsetzung der Maßnahmen teilweise unterläge.

Frau Soddemann nimmt Stellung, dass die Beiträge nachvollziehbar seien. Sie könne auch die Aussagen der Träger dazu verstehen, dass sie sich eine Refinanzierung wünschten. Die Stadt Hagen habe eine solche Möglichkeit nicht. Im KiBiz suche man beispielsweise vergeblich danach. Das sei in der KiBiz-Finanzierung nicht vorgesehen. Das sei die Problematik, in der man sich befinde. Man baue Kita-Einrichtungen nach dem vom LWL vorgegebenen Standard. Dort sei festgelegt, was refinanziert würde. Dazu gehörten keine Hitzeschutzmaßnahmen, so dass selbst bei Neubauten man diese nicht ohne Weiteres berücksichtigen könnte. Dem KiBiz-Gesetz mit seinen Vorgaben müsse am Ende Folge geleistet werden.

Sie könne verstehen, dass man auch in Richtung Stadt schaue, wenn es um Alten- und Pflegeheime gehe. Auch hier sei die Stadt nicht diejenige, die die Vorgaben mache, was refinanzierbar sei. Aus dem Grund könne sie nur dafür werben, zu schauen, wie man Gesetze entsprechend ändern könne. Unabhängig davon, was der Rat der Stadt Hagen beschließe, gebe es auch die Kommunalaufsicht, die sich das genau anschauen würde. Dieses Thema werde die Menschen noch über Jahre beschäftigen.

Herr Arnusch wirbt dafür, dass sich die Vertreter beim Land und beim Bund für dieses Thema einsetzen.

Frau Hentschel schließt sich den Worten von Herrn Arnusch an.

Herr Mechnich bedankt sich bei Herrn Stockmann für seinen Bericht.

Beschluss:

Der Hitzeaktionsplan für die Stadt Hagen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

☒ Zur Kenntnis genommen